

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riesa,  
Friedrichstr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt:  
Riesa 1880  
Postfach:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 21.

Montag, 26. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundstiftungszeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Gewähriger Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdrückige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Verpakte Gelegenheiten.

Auf der Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller hat der Reichskanzler eine Rede gehalten, die einmal deutlich die Fehler der Vergangenheit kennzeichnet, sodann aber die Aufgaben der Zukunft darlegt. Sie ist ruhig und sachlich, aber sie ist auch eine sehr interessante Unterredung der Hauptpunkte. Vor allem wird man dem Kanzler zugeben, es sei besser, Taten setzen zu lassen, als Worte zu prägen, besser etwas in mühsamer Arbeit zu schaffen, als Programme zu zimmern, richtiger, etwas zu bieten, als Versprechungen zu machen, die leicht falsch verstanden werden können. Das ist immer unser Fehler gewesen, daß wir, so gründlich die Deutschen gelten, doch nicht gründlich genug waren. Denn der Kanzler hat nicht unrecht, wenn er behauptet, die Gesetze, die man in den letzten Jahren gemacht habe, seien zum Teil viel zu wenig auf den Bedarft der Wirtschaft und finanziellen Angelegenheiten an der Revision überhandlungen des Dawesplanes gingen. Er verlangt also für alles, was er innen- oder außenpolitisch plant, was auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet beschlossen werden soll, gründliche Vorbereitung, gewissenhafte Rücksichtnahme gegen die Rückstände. Diese Rücksichtnahme sieht er in dem gesunden Aufbau der deutschen Finanzen, in einer Reform der Verwaltung, in einer Reform der Erwerbslosenfürsorge. Der schwankende Boden könne zu einer Wiederaufbauarbeit nicht verwandelt werden. Dadurch komme man zu Illusionen, mit denen Schluß gemacht werden müsse.

Wir bilden, meinte Dr. Brüning, auf viele verpakte Gelegenheiten zurück. Noch vor vier Jahren hätte man eine Reformarbeit gründlich und geküht auf vorhandene Mittel durchführen können. Es sei viel gescheitelt worden. Heute fehlen die Mittel zu grundsätzlichen und erforderlichen Maßnahmen, deshalb geht die Besserung nur schrittweise vor sich und langsam könne eine unerschütterliche Aufbauarbeit erst Erfolg erreichen. Man wird dem Kanzler zugeben, daß die Kritik der verpackten Gelegenheiten berechtigt ist. Er hat nicht deutlich genug gesagt, daß in den letzten Jahren bei uns aus dem Vollen gewirtschaftet wurde. Man dachte nicht an Einsparungen, sondern trieb den Etat immer mehr in die Höhe. Fehlte die Deckung der gesteigerten Mehrausgaben, erfand man neue Steuern. Es wurde nicht nach den Einnahmen die Ausgabe gerichtet, sondern die Ausgaben zuerst festgesetzt und darauf wurden für Deckung gesucht. Erst im letzten Jahre sah man ein, daß an den Ausgaben gespart werden müsse. Und man entschloß sich auch nur deshalb dazu, weil Steuerentlastungen erfolgen sollten, ein Versprechen, das nie gehalten wurde. Und wenn der Kanzler die übersteigerte Erwerbslosenversicherung erwähnt, so wird er auf einer Seite sicherlich Anstoß wecken, auf der anderen aber Zustimmung finden, daß hier etwas zu viel getan wurde. Er sagte, man hätte mit kleineren Mitteln das gleiche erreichen können. Wahrscheinlich meint er, es hätte nicht die unproduktive Kurunterstützung geben dürfen, man hätte mehr nach der Seite der Arbeitsbeschaffung tun müssen. Nach der Einstellung des Kanzlers und seiner Partei ist auch nicht anzunehmen, daß er an einen Abbau der Erwerbslosenversicherung denkt, sondern mehr daran, wie die drückendsten Punkte in den Produktionsprozessen eingespart werden können, um dadurch die Unterhaltungsleistung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist der Vorwurf des Kanzlers von Bedeutung, daß es bei uns sicherlich nicht so viele Arbeitslose gäbe, wenn die Rationalisierung nicht so überhäufig vor sich gegangen wäre. Tatsächlich ist die den Bedürfnissen vorausgeht. Deutschland hat mit allen Mitteln versucht, die Industrie umzustellen, die Maschinen zur Höchstleistung zu treiben, überall wo Handarbeit vorhanden war, die Technik einzusetzen. Die deutsche Industrie hat stärkere Konzentration vorgenommen, und Arbeiterersparungen als eine Forderung zur Erhöhung der Gesamtleistung angesehen. Es ist nicht zum ersten Male gesagt worden, daß besonders in Deutschland die Maschine überreich gewirkt hat, das heißt, daß sie den Boden eroberte und Abertausende brotlos machte. Und dennoch hat die deutsche Preisgestaltung mit der des Weltmarktes nicht Schritt halten können. Darauf ging der Kanzler nur beiläufig ein. Doch muß man hier länger verweilen.

Die Industrie behauptet, die großen Steuer- und sozialen Lasten haben es ihr unmöglich gemacht, den Preis so zu kalkulieren, daß die deutschen Preise den Weltmarktpreisen angeglichen sind. In einzelnen Fällen mag es zutreffen, daß sie im Ausland nicht abgesetzt werden können, weil sie zu teuer sind. Nun hat aber die Industrie einen Grundfehler gemacht, der sich auf dem Inlandmarkt bitter rächt. Um den Auslandsmarkt zu behalten, um dort konkurrieren zu können, hat sie vielfach, wie sie behauptet, unter Preis exportiert, dafür aber die Preise im Inlande so hoch gedrückt, um hier den Verkauf vom Auslandsmarkt zu decken. Schon die Tatsache, daß Deutschland über die Menge seiner Ausfuhr nicht klagen kann und im Verhältnis zu anderen Ländern sich auf dem Weltmarkt gut schlägt, hat, beweist, daß die deutschen Preise, wenn auch nicht offen, so doch verdeckt, dem Weltmarktpreis angeglichen wurden. Man kann ja, jeder weiß es, bei einem Exporteur bedeutend billiger kaufen, als auf dem deutschen Markt. Und weißt man schon der Weg eingeschlagen, daß über die Exporteur Waren für den Inlandmarkt bezogen werden. Die Industrie hätte, um die Überzeugung des Inlandmarktes zu vermeiden, eine andere Preisgestaltung wählen müssen. Diese Überzeugung wird aber durch die

## Verletzung des Genfer Abkommens festgestellt.

Die entscheidenden Stellen des Berichtes, den das japanische Ratmitglied Yoshizawa Sonnabendnachmittag vor dem Völkerbundsrat über die deutschen Besatzungen erstattet hat, lauten: Was die Angriffe gegen Personen und Eigentum, denen die Bewohner Oberschlesiens ausgesetzt sind, angeht, so hat niemand bestritten, daß Taten dieser Art, wie sie in den Besatzungen aufgezählt sind, vorgekommen sind, und daß diese Vorgänge derartig schwerwiegend sind, daß man in zahlreichen Fällen von einer Verletzung der Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention sprechen muß. Das sind Tatsachen, die der Rat feststellen muß. Wie der Vertreter Deutschlands vor dem Rat gesagt hat, ist entscheidend die Haltung der Behörden. Hier ist zu unterscheiden zwischen direkten und indirekten Verantwortlichkeiten. Die polnische Regierung habe mitgeteilt, daß die vom Deutschen Volksbund erwähnten Fälle Gegenstand einer genauen Untersuchung seien. Der Rat wünsch aber, daß die polnische Regierung vor der nächsten Ratstagung im Mai ein ausführliches und detailliertes Ergebnis der Ergebnisse der von ihr vorgenommenen Untersuchungen einreiche, und zwar soll sich dieser Bericht der polnischen Regierung auch auf die Vergeltungs- und die Schadenersatzmaßnahmen erstrecken, die im Verlauf dieser Untersuchung von ihr mitzuteilen werden.

Was die indirekten Verantwortlichkeiten angeht, so sei es von großer Bedeutung, daß im Interesse der Ruhe und des Friedens in solchen Gebieten wie Schlesien alles vermieden werden müsse, was auf direkte oder indirekte Weise dazu beitragen könnte, die Gemüter zu erhitzen und die Leidenschaften zu erregen. Es sei selbstverständlich, daß sich daraus für die Behörden Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen besonders schwerer Art ergeben, die von ihrer Seite die genaueste Achtung vor den Rechten der Minderheiten erfordern. Es sei unbedingt notwendig, daß die Behörden sich jeder Einmischung in politische Kämpfe enthalten, besonders wenn es sich dabei um die Minderheiten handle.

Aus den Schriftstücken, die dem Ratsvizepräsidenten vorgelegt worden sind, und aus den Debatten vor dem Rat habe man den Eindruck erhalten, daß der russische Vizepräsident von einem Geist erfüllt ist, der nicht geeignet ist, die Verständigung zwischen den beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. Es gehe nicht an, daß eine solche Organisation eine benovente Stellung einnehmen dürfe, die sich zum Schaden der Minderheit auswirke. Die polnische Regierung müsse die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die besonderen Beziehungen, die zwischen den Behörden und solchen Organisationen, die eine politische Tätigkeit ausüben, zu lösen. Es sei in jedem Fall unerlässlich, daß man der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien in dieser Beziehung Vertrauen einflößt. Dieses Vertrauen sei unglücklicherweise tief erschüttert worden. Ohne dieses Vertrauen sei eine Zusammenarbeit zwischen der Minderheit und dem Staat nicht möglich.

Der Bericht schließt, daß der Rat wünscht, vor seiner nächsten Tagung im Mai Kenntnis zu nehmen von den Entschuldigungen, die die polnische Regierung auch in diesem Punkte getroffen hat.

Der Völkerbundsrat hat in seiner Sonnabendnachmittags-Sitzung die deutsche Beschwerde über die Terrorakte in Polnisch-Oberschlesien, Posen und Pommerellen mit der Annahme des Ratemitglieds vorgelegten Berichtes abgeschlossen. Die Erledigung nahm nur kurze Zeit in Anspruch, eine Aussprache erfolgte nicht mehr. Der Ratsvorsitzende Henderson richtete nach der Annahme des Berichtes noch einige Worte an die Ratmitglieder. Er sprach seinen Dank an den Berichterstatter aus, der eine Lösung für diese so schwierige Frage gefunden habe. England habe stets großes Interesse an diesem Problem gezeigt, und es sei über die Lösung sehr befriedigt. Die Minderheitenfrage sei eine Frage, die die ganze Welt angehe. Daraus ergebe sich die internationale Bedeutung dieser Frage. Es sei ein Völkerbundsproblem, an dessen Lösung sich zu beteiligen alle Mitglieder verpflichtet seien. Wenn dieses System fehlschläge, so seien die Folgen nicht abzulehnen; er sehe in der jetzt getroffenen Lösung den Anfang für eine Dauerregelung des Minderheitenproblems in Oberschlesien.

## Unterredung des Reichsaußenministers mit Briand

Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing am Sonntag den französischen Außenminister Briand. Gegen Mittag lud die italienische Außenminister Ciano den deutschen Delegationsführer auf. Mit beiden Herren hatte der Reichsaußenminister eine längere Unterredung.

## Abreise der deutschen Delegation

Genf, 26. Januar. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius und die Mitglieder der deutschen Völkerbundsdelegation haben Sonntagabend Genf wieder verlassen.

Am Sonntag hatte der Minister die in Genf weilenden hiesigen deutschen Pressevertreter und die zahlreichen Sonderkorrespondenten, die zur Europa-Konferenz und zur Tagung des Völkerbundsrates nach Genf gekommen waren, zu einem Frühstück eingeladen, an dem die Mitglieder der Delegation und die deutschen Beamten des Völkerbundssekretariats teilnahmen. In der zweiten Besprechung, die Dr. Curtius gestern vor seiner Abreise mit dem französischen Außenminister Briand hatte, unterhielten sich die beiden Minister, wie wir erfahren, über den Verlauf der Ratstagung sowie über die künftigen Arbeiten des Europäischen Studentenausschusses. Auch wurden einige Fragen, die die Interessen Frankreichs und Deutschlands in besonderer Weise berühren, erörtert. Dr. Curtius hatte noch mit einer Reihe von Persönlichkeiten Rücksprachen. Der deutsche Außenminister hat Genf, wie er vor den Pressevertretern erklärte, mit dem Bewußtsein verlassen, eine glückliche Zeit verbracht zu haben, glücklich deshalb, weil er sich vor seinem Gewissen sagen könne, die schwere verantwortungsvolle Aufgabe, die ihm gestellt war, so durchgeführt zu haben, wie es nach besten Kräften möglich gewesen sei.

Preisbewegungsbewegung gestellt, aber sie ist bisher ohne Wirkung geblieben. Der Kanzler sagt, die Konzern- und Tarifbildungen auch in Deutschland lassen eine Bürokratisierung der deutschen Wirtschaft erkennen. Er hat nicht unrecht. Man war bislang von der Industrie gewöhnt, klare und kurze Entschlüsse, Anpassungen an die Zeitnotwendigkeiten zu hören. Seitdem sich aber der Zusammenbruch der Vertriebs- so weiter entwickelt, begegnet man immer mehr dem Bürokraten an der Industriekasse und im Industriedirektorium. Es ist eine Schwerkraft eingegriffen, die sich besonders in dem Widerstand gegen alle Preisforderungen bemerkbar macht.

Eine schwere Aufgabe hat eine Regierung, die jetzt aufbauen, Erfolge erzielen will. Es ist recht, wenn Brüning keinen Optimismus predigt und davon absteht, Illusionen zu wecken, wenn er sagt, in jeder Arbeit allein könne Gewinn liegen und vielleicht werde sich die Arbeit, die heute vorgenommen werde, erst in einem Jahrzehnt gegenständig auswirken.

## Zum Reichstagsbesuch in Chemnitz.

\* Chemnitz. Das „Chemnitzer Tageblatt“ veröffentlicht in seiner Sonntagausgabe die Aufschrift eines bekannten Chemnitzer Industriellen zum Besuch des Reichskanzlers Brüning in Chemnitz, in der es u. a. heißt: Der große Tag des 26. Januar hat wieder einmal in erschreckender Weise gezeigt, daß ein Teil der sächsischen Unternehmer die letzte rote, die über sie herabgebrannt ist, doch noch nicht in ihrer ganzen Schwere erfasst und in sich aufgenommen hat. Sonst hätte man Vorgänge, wie sie sich in der Brüningversammlung abspielten, nicht mit-

erleben müssen. Noch nie war eine Gelegenheit so groß wie in der Versammlung am 26. Januar. Die sächsische Beamtenschaft mit dem Unternehmertum in eine Einheit zu zwingen, das war die große beneidenswerte Aufgabe dieser Stunde. Statt alles, was sich dieser Schicksalshandlung in den Weg stellt, geschlossen anzugucken, statt mit eigener Räte den Kanzler abzumelden, der mit Hohn und billiger Wit den Beifall der Menge suchte, jubelte man auf allen Bänken diesem Manne zu. Ohne überhaupt eine Antwort abzuwarten, reiste der höchste Beamte des Reiches ab. Daß sich bei seiner An- und Abfahrt die Rot auf der Straße türmisch meldete, kann diesen Mann nicht irren machen. Geschützt in der Versammlung durch die Person des Vorsitzenden gegen die laute Stimme der Rot, wurde er durch die Polizei in gleicher Weise geschützt gegen die Rotstimme der Straße. Wer hätte sich träumen lassen, daß sich die Klage der Unternehmer in Wellenstürme wandeln würde? Und in Berlin wird man schon heute dem Kanzler glauben, und nicht Sachverständigen hören. Diese hat man nie und zu keiner Zeit dort gehört. Brüning wird sagen, Sachsen ist zwar in Rot, aber durch seine Beschlüsse nicht gefährdet, würde das sächsische Unternehmertum bald lernen, wie man wieder Schritt für Schritt den Ausblick an den Weltmarkt erreicht.

## Briand lebt ab

Paris, 26. Januar. Wie verlautet, soll Briand das Angebot des Präsidenten der Republik, die Kabinettsbildung zu übernehmen, abgelehnt haben. Er soll erklärt haben, es sei ihm unmöglich, neben dem Posten des Außenministers auch noch die Ministerpräsidenten zu übernehmen.

Spezialdruckerei. Und im übrigen: Warum beschränkt man keinen Betrieb nicht mit zu stark? Er wäre von Rüstern und mit Feindlichkeit misstrauischen geglaubt worden. Seine Fortschrittlich und modern. Und noch eine kurze nicht vergessen: Die Spargangen sind die besten von Klugheit und Ehrlichkeit. Und noch eine kurze nicht vergessen: Die Spargangen sind die besten von Klugheit und Ehrlichkeit.